

Miteinander leben - Minderheitenrechte achten

Beschluss des Deutschlandtages in Wiesbaden
vom 20. bis 22. Oktober 2006

Die volle und gleichberechtigte Beteiligung von nationalen Minderheiten im Alltagsleben, sei es in der Kultur oder in der Politik, bereichert jeden Staat. Nach den abschreckenden Beispielen auf dem Balkan im letzten Jahrzehnt, muss es Aufgabe jeder demokratischen Regierung in Europa sein, nationalen Minderheiten zu schützen und ihnen die Möglichkeiten zur freien kulturellen und politischen Partizipation zu ermöglichen.

Die JUNGE UNION Deutschlands verurteilt daher die in jüngster Vergangenheit geschehenen Versuche der amtierenden polnischen Regierung, die politischen Rechte der deutschen Minderheit in Polen einzuschränken. Die polnische Regierung wird daran erinnert, dass Populismus und einschränkende Maßnahmen gegenüber nationalen Minderheiten innerhalb der EU und der KSZE nicht toleriert werden. Die Beschneidung von Rechten der nationalen Minderheiten ist nach Meinung der JUNGEN UNION kein geeigneter Weg für eine friedliche und integrative Entwicklung innerhalb der einzelnen europäischen Staaten.

Die JUNGE UNION fordert die Bundesregierung auf, mäßigend auf die amtierende polnische Regierung einzuwirken.

Die JUNGE UNION erinnert in diesem Zusammenhang an die Bonn-Kopenhagener Erklärungen von 1955, die das friedliche Zusammenleben der deutschen und dänischen Minderheit mit der jeweiligen Mehrheitsgesellschaft im gemeinsamen Grenzland Schleswig-Holsteins ermöglicht, politische und kulturelle Rechte formuliert und als beispielhaft für ganz Europa gelten kann.